

POLITIK FÜR DIE SOLIDARISCHE POSTWACHSTUMSSTADT

Für Milliarden von Menschen weltweit sind Städte Lebens- und Arbeitsort, Dreh- und Angelpunkte ihrer Biografien, Schauplätze von Erstarrung und Veränderung ihrer Gesellschaft. Kein Wunder, dass Städte daher schon seit jeher als zentral für Transformationsprozesse angesehen werden: Von Ibn Khaldun und seiner Betrachtung des städtisch-sesshaften Lebens im 14. Jahrhunderts über Friedrich Engels' Beschreibung des Londoner Elends in der frühen Industrialisierung bis zu Leslie Kerns heutigem Blick auf die Stadt als einer «Man-Made World». Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass Stadtökonomie und -politik in den Debatten um Wachstumskritik, Klimakrise und eine solidarische Lebens- und Produktionsweise bislang eine eher untergeordnete Rolle spielten.

Welche Bedeutung haben städtische Räume und welche Rolle spielen ihre Bewohner*innen für eine Transformation zu=r Postwachstumsstadt? Dieser Frage geht der Beitrag in einem Dreischritt nach: Zunächst wird nachgezeichnet, wodurch sich die krisenhafte Hegemonie der wachstumszentrierten Stadtentwicklung auszeichnet. Danach werden zentrale Konturen einer solidarischen Postwachstumsstadt skizziert, bevor es im letzten Schritt vor allem um mögliche Transformationsstrategien geht. Der Beitrag beruht im Wesentlichen auf Debatten, Forschungs- und Lehrprojekten sowie Publikationen im Themenkomplex Postwachstumsstadt an der Bauhaus-Universität Weimar und darüber hinaus (Brokow-Loga/Eckardt 2020 u. 2021).

HEGEMONIE UND KRISE DER WACHSTUMSSTADT

Zeigt uns die Corona-Krise, wie Postwachstumsstädte aussehen können? Wohl kaum. Selbstverständlich schien sich zunächst das Hamsterrad etwas langsamer zu drehen; die Wirtschaftsleistung fast aller Städte weltweit schrumpfte massiv. Zeit-

gleich fanden jedoch weder sozial gerechte Umverteilungspolitiken noch Verschiebungen im grundsätzlichen Verständnis der Aufgaben städtischer Politik statt. Ganz im Gegenteil: Die sich abzeichnende urbane Austeritätspolitik verschärft allem Anschein nach bestehende Krisen, beispielsweise explodierende soziale Ungleichheiten, Segregation, Umweltungerechtigkeit und ausbleibende Antworten auf die Erderhitzung. Die derzeitige Situation hat also weniger mit solidarischem Postwachstum zu tun, als mit einer als defizitär gerahmten Entwicklung innerhalb eines Systems, das weiterhin auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung und Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten (Lessenich 2016) getrimmt ist.

Was stadtpolitische Akteure – Verwaltung, Planer*innen, Kommunalpolitik, Unternehmer*innen, Zivilgesellschaft etc. – im Sinne einer urbanen Resilienz und Krisenfestigkeit in Situationen wie dieser brauchen würden, liegt auf der Hand: eine offene, lern- und handlungsfähige Kommune. Nur diese kann die Grundlage dafür sein, dass ein reflektiertes, gemeinwohlorientiertes und zukunftsorientiertes Planen der Stadt gelingen kann. Dazu bedarf es eines Verständnisses von Politik und Gesellschaft, in der die Stadt als solche – als *Gesamtkunstwerk* – Ziel und Gegenstand von Handeln und Planen sein muss. Die dringend notwendige kollektive Lern- und Handlungsfähigkeit, die die Städte und die Menschheit bräuchten, um die «Viel-fachkrise» (Demirović et al. 2011) – Akkumulationskrise, sozial-ökologische Krise, Dauerkrisen der Reproduktion, Krise der parlamentarischen Demokratie etc. – in den Griff zu bekommen, ist jedoch in den letzten Jahrzehnten abhandengekommen. Erlebbar werden hierbei die Konsequenzen einer neoliberalisierenden Politik (in allen gesellschaftlichen Sphären) mit einhergehender Ökonomisierung, Überbetonung des Individualismus und Fragmentierung der Gesellschaft, der Selbstoptimierung und der Produktion gesellschaftlicher Blasen.

Das gute Leben in der Stadt als Ziel politischen Handelns ist im politisch-öffentlichen Diskurs kein eigenständiges Thema. Eine «Stadtpolitik» in unserem Sinne ist nur bis zu einem gewissen Grad identisch mit der politischen Verankerung der Kommunen im gegenwärtigen (bundesrepublikanischen) Föderalismus, in dem die Städte als institutionelle Ebene anders als die Bundesländer nur ein geringes, indirektes Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozess haben. Die Abwälzung von Kosten von der nationalen auf die lokale Ebene kann dadurch nicht systematisch verhindert oder korrigiert werden. Vielleicht noch wichtiger zu kritisieren ist, dass den lokalen Nöten und auch Lösungsvorschlägen der Städte auf diese Weise kein Gehör geschenkt werden muss. Stattdessen werden einzelne Aspekte wie die Klimaanpassung der Städte herausgegriffen, für die dann fachlich (und zumeist technisch) Antworten gesucht werden, die aber ob ihrer «Stadtverträglichkeit» nicht abgewogen werden. Das Bewusstsein um das fragile Gleichgewicht gelingenden Stadtlebens, um die darin sichtbare urbane Beziehungsweise und Relationalität und nicht zuletzt auch die nötige holistische Perspektive gerät dabei völlig aus dem Blick.

Zwei dysfunktionale Charakteristika der Stadt in der Wachstumsgesellschaft werden hieran besonders deutlich: erstens die Vormachtstellung von Schubladendenken und einhergehende Dilemma-Situationen. Das Ergebnis der fehlenden Stadtpolitik ist, dass einzelne Politikbereiche nebeneinander agieren und zum Teil für die anderen Aufgabenfelder negative Folgen haben. Das auffälligste Beispiel hierfür ist die Auseinanderentwicklung von sozialen und ökologischen Planungen im Bereich kommunaler Wohnungspolitik. Sozialpolitik und Klimaschutz werden hier teilweise offen gegeneinander ausgespielt, was fatale Folgen nach sich zieht: So beschreibt der Begriff *Green Gentrification* (Gould/Levis 2016), wie ökologische Aufwertung und Verdrängung verbunden sein können. So selbstverständlich Begrünungsprojekte und energetische Sanierungen erscheinen – die dadurch in Gang gesetzte Aufwertung wird stellenweise instrumentalisiert, um noch höhere private Profite zu erzeugen oder arme Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Stadtvierteln gezielt auszuschliessen. Auch das *Urban Greening* folgt damit immer stärker einer Effizienz- und Wachstumslogik, die soziale Ungerechtigkeit reproduziert und die Bezahlbarkeit des Wohnens und damit auch die soziale Nachhaltigkeit völlig aus dem Blick verliert. Eine weitere Facette dieses Trauerspiels besteht im «Bauen, bauen, bauen» im Aussenbereich von Kommunen zur «Lösung» der Wohnungsfrage. Die deswegen überall spriessenden neuen Einfamilienhausgebiete zeugen dabei nicht nur vom Verlust wertvoller Böden, von Zersiedelung und ressourcenintensivem Betonverbrauch, sondern auch von einer Vertiefung materieller Ungleichheit: In Deutschland profitieren reiche Haushalte in besonderem Mass von staatlichen Subventionen wie dem Baukindergeld (Michelsen et al. 2018). Die Wohnungsnot massgeblich über noch mehr Neubau lösen zu wollen, verschleiert die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Debatte darüber, wie *ausreichender Wohnraum für alle* in der Klimakrise angemessen organisiert werden kann. Das Schubladendenken in der Stadtpolitik – von der Amtsstube bis zu urbanen sozialen Bewegungen – begünstigt die Tendenz, ausgerechnet in der derzeitigen multiplen Krise Probleme als voneinander getrennt bearbeiten zu wollen.

Zweitens brechen sich in der gegenwärtigen Stadtpolitik Solutionismus und Technologiefixierung Bahn. Mit Solutionismus (engl. *solutionism*) wird dabei eine Strategie bezeichnet, Probleme nur unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, inwieweit es dafür schnelle, einfache und vor allem technische Lösungen gibt. Technologie wird von einem Werkzeug zur Ideologie, was am deutlichsten in der Debatte zur Smart City sichtbar wird. Während einerseits die Kehrseiten der Smart City, also beispielsweise der enorme Verbrauch seltener Erden und die Anfälligkeit für Cyber-Kriminalität ausgeblendet werden, stellt dieses Konzept andererseits auch keine adäquate Lösung für das Problem der auseinanderfallenden Stadtgesellschaft dar. Im Gegenteil gibt es Grund zur Annahme, dass Algorithmen als keinesfalls neutrale Verfahren die derzeitig vorhandenen Diskriminierungen sogar noch verschärfen können (Bauriedl/Strüver 2017: 98ff.). Im Kern setzt sich mit dem Ver-

trauen auf technologische Lösungen für die Probleme der Zukunft vielmehr die Wachstumslogik der industriellen Stadt fort, in der technische Innovationen durch zusätzlichen Ressourcenverbrauch den erreichten Wohlstand – zumindest einiger weniger – sichern soll. Das Ende der natürlichen Grundlagen der Menschheit soll paradoxerweise dadurch verhindert werden, dass zunächst einmal noch mehr Bodenschätze ausgegraben und somit verknappert werden. Von den neokolonialen Lieferketten und den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Kosten, die an anderen Orten für diese Ausbeutungsverhältnisse bezahlt werden müssen, ist im technodeterministischen Smart-City-Diskurs ebenfalls nicht die Rede. Eine neue Intellektualität für unsere Städte würde erfordern, nicht nur kommunale Einsparungen oder den Komfort der Endverbraucher*innen von technischen Errungenschaften als Massstab zu nehmen, sondern ein globales Bewusstsein für die Zusammenhänge von lokalem Handeln und den planetaren ökologischen, sozialen und politischen Krisen zu kultivieren.

Selbstverständlich sind die Charakteristika der Wachstumsstadt wie auch andere Säulen der Wachstumsgesellschaft (siehe den Beitrag von Hobi in diesem Buch) hegemonial abgesichert – über Bauordnungen und das Strassenverkehrsgesetz, mentale Infrastrukturen und «Autobahnen im Kopf» (Welzer 2011) sowie nicht zuletzt den ganz realen Beton und Asphalt der letzten Jahrzehnte. Dennoch: Aus den Brüchen, die immer offener klaffen und sichtbar werden, ergeben sich auch in dieser Krise Ansatzpunkte für Transformationen. Zumindest temporär verändern sich vielerorts Mobilitätspraktiken und -strukturen, bilden sich stadtpolitische Plattformen, werden Mieter*innen besser vor Räumungen geschützt, geraten durch die Corona-Krise prekäre Wohnbedingungen ins Zentrum der Debatte oder werden Flächen zum Schutz vor weiteren Extremhochwassern entsiegelt. Neben der Notwendigkeit einer solidarischen Stadtpolitik wird damit auch deren prinzipielle Möglichkeit unter Beweis gestellt: die Umkehrung des wachstumsorientierten Stadtmodells hin zu einer Ausrichtung an Gemeinwohl, Klimagerechtigkeit und Resilienz. Anstatt also in neokonservativer Manier alte gesellschaftliche Ordnungen von Familie, Heimat, Besitzstandswahrung und Traditionen wiederzubeleben, benötigen wir eine Stadt der Offenheit und der Teilhabe, in der privatwirtschaftliche Interessen zurückgedrängt werden und die Mehrung des Allgemeinguts nicht mehr mit der Steigerung der Wirtschaftskennziffern und einer immer weiter sich steigernden Güterproduktion gleichgesetzt wird. Perspektiven einer solchen grundlegenden sozial-ökologischen Transformation können mit dem Begriff *Postwachstumsstadt* zusammengeführt werden.

KONTUREN DER SOLIDARISCHEN POSTWACHSTUMSSTADT

Die Kritik an neoliberaler, unternehmerischer Stadtpolitik ist nicht grundsätzlich neu (vgl. Schipper 2013; Matissek 2015). Ebenso gut erforscht sind bestehende Alternativen. Doch warum fehlt es diesen bislang an Durchschlagskraft? Mit dem

Begriff Postwachstumsstadt (Brokow-Loga/Eckardt 2020) werden konzeptionelle und pragmatische Aspekte aus verschiedenen Bereichen der Stadtpolitik zusammengebracht, die neue Pfade aufzeigen und verknüpfen. Wichtig sind hierbei nicht nur Debatten um städtische Wachstumskrisen, transformative Planung, soziale Bewegungen und Konflikte um Gestaltungsmacht, sondern auch die Frage nach der Rolle von realen Stadtutopien für die kollektive Vorstellungskraft. Wie lassen sich notwendige städtische Wenden gerade in Momenten des Bruchs durch eine sozial-ökologische Orientierung vor Ort verwirklichen? Welche Akteure der Stadtpolitik können verfestigte Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse auf welche Weise infrage stellen?

Einerseits wird der Begriff der solidarischen Postwachstumsstadt in Abgrenzung zu Strukturen und Narrativen der wachstumsorientierten Stadt verwendet, andererseits als positives Konzept, das als Bezugspunkt dienen kann für eine alternative Stadtpolitik für alle. Die Postwachstumsstadt sehen wir jedoch weder als ein neues *Leitbild*, das «Nachhaltigkeit» beerben soll noch die widerständige Logik des lefebvreschen «Rechts auf Stadt» vereinnahmt. Der Vorschlag einer solidarischen Postwachstumsstadt bricht insofern mit den weitverbreiteten Vorstellungen von *top-down* oder *bottom-up* als Wegen der Veränderung. Angesichts der Ohnmachtserfahrungen, die beide Wege allerorts hervorrufen, soll der Vorschlag auch als konkrete und vielfältige Utopie (Bloch 1918) verstanden werden. Oder, in den Worten des argentinischen Filmemachers Fernando Birri: «Die Utopie, sie steht am Horizont. Ich bewege mich zwei Schritte auf sie zu und sie entfernt sich um zwei Schritte. Ich mache weitere zehn Schritte und sie entfernt sich um zehn Schritte. Wofür ist sie also da, die Utopie? Dafür ist sie da: um zu gehen!».

Es ist wenig lohnend, nur auf einen stadtpolitischen Sektor zu setzen – denn Stadtpolitik kann, wie weiter oben bereits ausgeführt, nicht nach Schubladen sortiert werden. Alle genannten Bezugspunkte bringen ökologische und soziale Aspekte in Verbindung. Antworten auf die städtische Vielfachkrise liegen daher mitnichten darin, weiterhin sektoral zu denken. Ziel muss es stattdessen sein, mit einer städtischen Strukturpolitik diese Sektorenlogik – in Stadtverwaltungen, aber auch im Bereich des Aktivismus – zu überwinden und zu einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit in einem zusammenhängenden Geflecht anzuregen.

Aus den Diskursen für eine progressive Stadtpolitik haben Frank Eckardt und ich (2021: 44–54) sechs Meta-Bezugspunkte herausgearbeitet. Aus Platzgründen können sie an dieser Stelle nur kurz benannt werden: Im Bereich der Global-Lokal-Beziehungen geht es um Systemverflechtungen und offene Relokalisierung; im Bereich der Strukturveränderungen heben wir Flächenumverteilung und öffentliche Infrastrukturen hervor; im Bereich der Organisation beziehen wir uns auf Commoning zwischen Mitgliedern der Stadtgesellschaft untereinander in der gemeinsamen Nutzung der Gemeingüter und schliesslich Munizipalismus als Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Institutionen. Dieser Bezugsrahmen versucht, Stadtpolitik für alle als holis-

tische Struktur abzubilden, weil die Bezugspunkte in Verknüpfung miteinander wirklich funktionieren. Einzelne Massnahmen und Politiken können in das Spannungsfeld zwischen den Punkten eingeordnet werden, um in Transformationsprozessen (mit letztlich immer ungewissem Ausgang) eine begrenzte Orientierung zu gewährleisten.

IT'S THE STRATEGY, STUPID!

Für die Postwachstumsstadt müssen entlang dieser Bezugspunkte neue Wege gegangen und bereits erstrittene Freiräume abgesichert werden – genau dafür braucht es Strategien. Die zentrale Frage hierbei lautet nicht: Welche Strategie ist die (einzig) richtige? Stattdessen muss gefragt werden: Wie können Strategien und Taktiken aufeinander bezogen werden, sodass sie sich ergänzen, statt in den Widerstreit zu treten oder sich sogar in ihrer Wirkmacht gänzlich aufzuheben?

Die Geschichte städtischer Transformationserfolge zeigt, dass es dazu, wie immer, selbstverständlich jede Menge Zufälle braucht. Zusätzlich braucht es jedoch etwas, das bei all den Projekten und Initiativen im Selbstverständnis des heutigen gesellschaftsverändernden Individuums – der sprichwörtlichen «Projektitis» – in Vergessenheit geraten ist: Planung. Der US-Geograf Samuel Stein schrieb dazu: «Obschon Planung sicherlich ein Werkzeug der Mächtigen ist, ist sie gleichzeitig ein wesentlicher Bestandteil jeder Strategie, die diese herausfordern.» (Stein 2019: 199) Die strategische Planung von Transformationsprozessen der Städte ist eingebettet in die Zeitläufte, Beziehungen und Verhältnisse einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft – und kann daher weder am Reissbrett noch von unbeteiligten «Expert*innen» gestaltet werden. Sie findet, genau wie die marxsche Kritik, im Handgemenge statt. Paradoxerweise genau in diesen krisengeschüttelten, höchst unplanbaren Zeiten benötigen wir mehr denn je einen Plan.

Ohne sich der Illusion der vollständig am Reissbrett geplanten und dann umgesetzten Transformation hinzugeben, machen die Beobachtungen der derzeitigen Corona-Krise (Brokow-Loga/Eckardt 2021: 31) aber deutlich, dass für gelingende Veränderungsprozesse zumindest ein Ineinandergreifen verschiedener Strategien vonnöten ist. Es kann helfen, diese Strategien nach drei Dimensionen zu ordnen, die vom US-Transformationsforscher Erik Olin Wright in seinem bahnbrechenden Werk «Reale Utopien» (2017) verwendet werden: erstens die Ausweitung alternativer Prinzipien in den frei gewordenen Spielräumen (*interstitial metamorphosis*), zweitens die Absicherung dieser über institutionelle Kompromisse (*symbiotic metamorphosis*), drittens die Zurückdrängung wachstumsfixierter Prinzipien im Moment des Bruchs (*ruptural transformation*; vgl. Wright 2015 u. 2017). In Abbildung 1 werden diese drei Strategien veranschaulicht: Während sich die Nischen (1) in den Rissen des bestehenden Modells städtischer Politik «einnisten», sorgen solidarische Institutionen (2) für deren Absicherung über «Stützbalken». Die Prämissen des derzeitigen Systems werden durch Brüche (3)

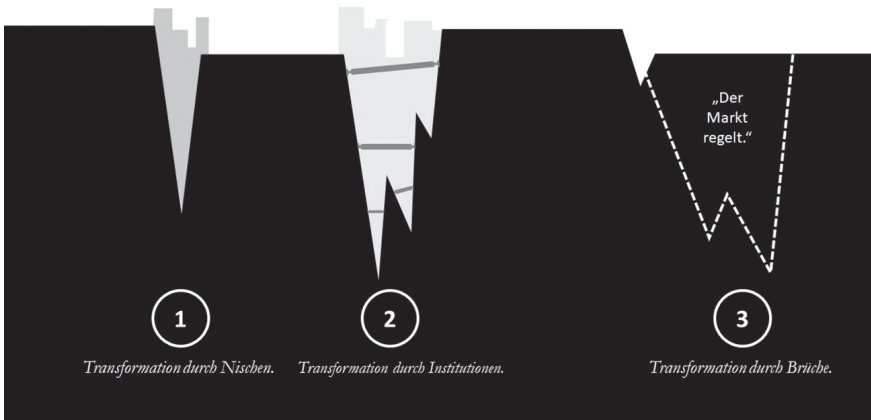


Abbildung 1: Ebenen der Transformation zur Postwachstumsökonomie


– verstanden als «mittlere» Erschütterungen von gesellschaftlichen Teilbereichen – freigelegt und sorgen für weitere Freiräume.

Unter «Bruch» wird hier (entgegen landläufiger Meinung) keine endgültige Revolution verstanden, die mit aller vorher da gewesenen Dominanz bricht. Stattdessen zielt diese Strategie eher darauf ab, politischen Druck zu erzeugen und so grössere Spielräume zu schaffen. Es geht also um die Idee, ein gesellschaftliches Momentum zu nutzen, um ein wachstumsfixiertes Stadtmodell in die Defensive zu drängen. Welche dieser Prinzipien wurden im Laufe der Corona-Krise teilweise zurückgedrängt? Zum Beispiel die bislang unhinterfragte Tatsache, dass in den meisten Städten die Hälfte der städtischen Verkehrsflächen der Automobilität zur Verfügung steht – für Berlin sind es beispielsweise knapp 60 Prozent. Oder dass Wohnbedingungen und Miethöhe in der individuellen, gesellschaftlich nicht beeinflussbaren Verantwortung liegen. Im Moment der Krise konnten genau diese zuvor kaum ausgesprochenen Voraussetzungen des wachstumsfixierten Modells sichtbar gemacht werden. Werden diese Prinzipien durch «mittlere Brüche» kritisiert und zurückgedrängt, kann der dadurch entstehende Freiraum für die beiden anderen Strategien genutzt werden.

Alternative Prinzipien werden durch soziale Ermächtigung und Aneignung der Stadtbewohner*innen ausgeweitet. In Nischen, Zwischenräumen und Grenzbereichen der Gesellschaft werden andere Formen des Miteinanders vergegenwärtigt, die Zukunft vorweggenommen (Präfiguration). Auch wenn diese Strategie quasi jederzeit stattfindet und sie sowohl in der anarchistischen Tradition als auch in der Degrowth-Bewegung eine grosse Rolle spielt, kommt ihr im Moment der sichtbar gemachten Brüche eine besondere Bedeutung zu. Denn über die Aneignung von Strassen durch Stadtbewohner*innen und die Verwandlung in de facto Spielstrassen oder durch die Öffnung von Hotels für Obdachlose oder Geflüchtete verändern sich Vorstellungen und Bilder eines gelingenden Stadtlebens ganz konkret.

Neben dieser stetigen Ausweitung ist es notwendig, für die Absicherung der alternativen Prinzipien zu sorgen. Durch Verhandlung, Kooperation und Vermitt-

lung von Kompromissen sollen die im Zuge der besonderen Fragilität erzielten Veränderungen für die Folgezeit verstetigt werden. Dies schliesst eine demokratische Ermächtigung der Institutionen der Stadt ein, die eine Rückgewinnung der Handlungsautonomie von Städten zum Ziel haben muss. Die besondere Herausforderung liegt vor allem darin, eine institutionelle Brücke zwischen den kurzfristigen Nadelstichen – in Form von temporären Radwegen und Spielstrassen oder Kündigungsschutz von Mieter*innen – hin zu langfristigen Anpassungen in diesem Sinne zu bauen. Eine solche Institutionalisierung von lokalen Initiativen bedeutet aber auch, eine grundsätzliche Transformation der Art und Weise anzustreben, wie wir Gemeinwohl, Staatlichkeit und die Aufgaben der Stadtpolitik verstehen.

Die Transformation zur Postwachstumsstadt muss daher im Sinne von Klein und Candeias (2017) immer *doppelt* umgesetzt werden: «Entscheidend [...] in den kommenden Zeiten wird sein, für Verbesserungen der gegenwärtigen Lage der Menschen zu kämpfen und zugleich die Bedingungen für weiterreichende Veränderungen zu schaffen.» Aus Postwachstumsperspektive erscheint es besonders sinnvoll, gerade durch die Politisierung der Städte als Mittelpunkte des individuellen wie kollektiven (Er-)Lebens umfassende Transformationsprozesse in Gang zu setzen, die nichts weniger als das gute Leben für alle zum Ziel haben. 

REFERENZEN/LITERATUR

- Bauriedl, S./Strüver, A. (2017): Smarte Städte. Digitalisierte urbane Infrastrukturen und ihre Subjekte als Themenfeld kritischer Stadtforschung, in: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, H. 1–2, S. 87–104.
- Bloch, E. (1918): Geist der Utopie, München.
- Brokow-Loga, A./Eckardt, F. (Hrsg.) (2020): Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik, München.
- Brokow-Loga, A./Eckardt, F. (2021): Stadtpolitik für alle. Städte zwischen Pandemie und Transformation, Heidelberg.
- Demirovic, A./Dück, J./Becker, F./Bader, P. (2011). VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.
- Gould, K./Lewis, T. (2016): Green gentrification. Urban sustainability and the struggle for environmental justice, London.
- Lessenich, St. (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin.
- Mattissek, A. (2015): Die neoliberale Stadt, Bielefeld.
- Michelsen, C./Bach, S./Harnisch, M. (2018): Baukindergeld. Einkommensstarke Haushalte profitieren in besonderem Masse, DIW-Studie, Berlin.
- Schipper, S. (2013): Genealogie und Gegenwart der unternehmerischen Stadt. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960–2010, Münster.
- Stein, S. (2019): Capital City. Gentrification and the Real Estate State, London.
- Welzer, H. (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Berlin.
- Wright, E.O. (2015). Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren, in: Brie, M. (Hrsg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?, Hamburg, S. 59–106.
- Wright, E. O. (2017). Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.